Standpunkte!

MARKUS STEIN, MDL

Herausgeber:: Markus Stein, MdL; Marktplatz 7, 55566 Bad Sobernheim; info@stein-markus.net; Tel. 06751/8590621

>Vorwort<

Markus Stein
Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz

„Ich bin der Neue…“

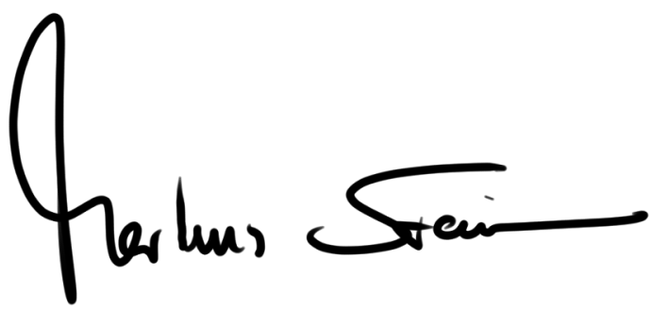
So oder so ähnlich begannen viele meiner Gespräche in den letzten Wochen, denn am 01.03.2019 war es soweit: Die offizielle Übernahme des Mandates im rheinland-pfälzischen Landtag erfolgte. Mein Vorgänger Dr. Denis Alt ist seither Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur. Für mich als B-Kandidat im Wahlkreis Kirn/Bad Sobernheim ein entscheidender Schritt!

So bin ich seit nunmehr 29 Tagen also in meiner neuen Funktion „unterwegs“. Die erste Plenarsitzung liegt hinter mir, viele Themen wurden diskutiert, zahlreiche Gesichter habe ich kennengelernt. Grund genug, auf die wichtigsten Ereignisse und Komplexe des vergangenen Monats zurückzublicken!

Ich möchte Ihnen mit diesem elektronischen Newsletter auch zukünftig monatlich einen Überblick über meine Arbeit in Mainz und im Wahlkreis geben. So bleiben Sie informiert und ich reflektiere so manches Ereignis noch einmal detaillierter.

Viel Spaß bei der Lektüre und beim Stöbern.

Ihr



Interview

FÜR DIE SPD-LANDTAGSFRAKTION

Im März hast du Denis Alt als Abgeordneter für den Wahlkreis Kirn / Bad Sobernheim abgelöst. Wie hast du davon erfahren, dass du in den Landtag nachrückst?

Es war morgens um 6:30 Uhr, als ich den Anruf von Denis bekam. Er hatte es bereits eine Stunde früher das erste Mal probiert. Neben der Geburt meiner Töchter ist der 20. Februar 2019 wohl einer der Tage, den ich mein Leben lang nicht vergessen werde.

Wie ging es dann für dich weiter?

Es ging alles sehr schnell. Innerhalb kürzester Zeit musste ich eine ganze Reihe organisatorischer und personeller Dinge entscheiden. Eine große Hilfe war, dass ich das hervorragend eingespielte Büro von Denis Alt übernehmen konnte und der Betrieb für die Mitbürgerinnen und Mitbürger möglichst nahtlos übergeht. Außerdem war mir wichtig, dass ich die Übergabe meiner Aufgaben in der vorherigen Dienststelle, der Kreisverwaltung Bad Kreuznach, möglichst geordnet vornehmen konnte.

Wie groß war die Vorfreude auf die neue Aufgabe und worauf bist du jetzt in Zukunft am meisten gespannt?

Man sagt ja „Vorfreude ist die schönste Freude“, aber für Vorfreude hatte ich eigentlich gar keine Zeit (lacht). Ich freue mich darauf, nun nach und nach meine neuen Kolleginnen und Kollegen in der SPD-Fraktion persönlich kennenzulernen.

Wie war deine erste Fraktionssitzung?

Sehr beeindruckend! Es wird leidenschaftlich diskutiert und inhaltlich intensiv miteinander gerungen. So stelle ich mir Politik vor!

„Soziale Gerechtigkeit herbeiführen, das war damals für mich der Grund, in die SPD einzutreten.“

Du bist 2003 in die SPD eingetreten. Warum hast du dich damals für die SPD entschieden?

Ich stamme aus einer klassischen Arbeiterfamilie. Für viele in meiner Familie und meinem Freundeskreis ist es selbstverständlich, sein Geld mit harter körperlicher Arbeit zu verdienen. In manchen dieser Bereiche geht es heute noch immer nicht gerecht zu, insbesondere was das Thema der Lohngerechtigkeit angeht. Soziale Gerechtigkeit herbeiführen, das war damals für mich der Grund, in die SPD einzutreten. Bis heute ist für mich das Wesen der SPD, die Partei der „kleinen Leute“ zu sein.

Interview

FÜR DIE SPD-LANDTAGSFRAKTION

Seitdem bist du in vielen kommunalen Gremien aktiv. Was macht dir am meisten Spaß an der Arbeit vor Ort?

In der Bundespolitik sind oft Entscheidungen zu treffen, bei denen die Entscheidungsträger selbst nicht unmittelbar von den Auswirkungen ihrer Politik betroffen sind. In der Kommunalpolitik ist das anders. Kommunalpolitik macht mir auch deshalb unglaublich viel Spaß, weil man die Folgen politischer Entscheidungen direkt im eigenen Leben spüren kann. Als Bürger hat man die Chance, seine eigene Umwelt, sein eigenes Lebensumfeld direkt mitzugestalten, das finde ich toll.

Neben deiner politischen Arbeit bist du auch ehrenamtlich sehr aktiv, unter anderem bei der Freiwilligen Feuerwehr und als Freifunker. Wieso ist dir das ehrenamtliche Engagement so wichtig?

Am Anfang steht natürlich das Persönliche, denn durch das Ehrenamt erweitert man ganz automatisch sein soziales Umfeld. Immer wieder entstehen Freundschaften aus ehrenamtlichem Engagement, man hat Kontakt zu ganz unterschiedlichen Menschen aus den verschiedensten Lebensbereichen. Das andere ist, dass man mit dem Ehrenamt einen Dienst für die Allgemeinheit leistet, und zwar unentgeltlich. Man gibt ein bisschen was und bekommt vielleicht an der einen oder anderen Stelle auch selbst etwas zurück. Ich glaube, es ist ein bisschen so, wie es in der Bibel steht: Gib und es wird dir gegeben.

Nun wirst du den Wahlkreis auch auf Landesebene vertreten. Welche Themen und Ideen aus deinem Wahlkreis nimmst du mit nach Mainz?

Da ist zum einen die Stärkung des ländlichen Raums. Mir ist wichtig, dass wir eine gute Infrastruktur und eine flächendeckende Versorgung sicherstellen. Ich komme aus einer Gemeinde, in der gerade der Dorfladen zugemacht hat und es bis zum nächsten Laden nun 15-20 Kilometer Wegstrecke sind. Insofern ist die Versorgung im ländlichen Raum für mich ein ganz wichtiges Thema, aber auch der Straßenbau und eine gute Anbindung an den ÖPNV. Ein weiteres wichtiges Thema ist für mich die Digitalisierung. Das fängt an beim Breitband- und Glasfaserausbau, aber auch der Mobilfunkausbau gehört dazu, den die SPD-Landtagsfraktion als eines ihrer Schwerpunktthemen bereits intensiv beackert.

Interview

FÜR DIE SPD-LANDTAGSFRAKTION

Welche Themen wirst du für die SPD-Fraktion schwerpunktmäßig bearbeiten?

Ich werde meine Fraktion in den Ausschüssen Gleichstellung und Frauenförderung sowie Integration, Familie, Jugend und Verbraucherschutz vertreten. Ich freue mich darauf, mich in die neuen Themen einzuarbeiten und ein kompetenter Ansprechpartner in diesen Fragen zu werden.

Mit 33 Jahren wirst du einer der jüngsten Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags sein. Was rätst du jungen Leuten, die sich politisch engagieren wollen?

Macht mit! Viele junge Leute fragen sich: Kann ich da überhaupt mitreden? Bin ich in der Lage, die Themen aktiv mitzugestalten? Ja, auf jeden Fall! Meine wichtigste Erkenntnis als junger Politiker war, dass man sich in alles reinfinden kann, wenn man mit Leidenschaft und Freude dabei ist. Das Alter spielt dabei keine große Rolle. Dennoch sollte man als junger Politiker oder Politikerin gelegentlich den Rat der erfahrenen Kolleginnen und Kollegen suchen.

„Man muss nicht alles verändern, aber man darf es versuchen!“

Dabei gilt: Innovativ bleiben, die Dinge bei der Wurzel packen und Veränderungswillen zeigen. Man muss nicht alles verändern, aber man darf es versuchen!

Dein Vorgänger Denis Alt ist nun Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur. Was hat er dir mit auf den Weg gegeben?

Ich habe in Denis Alt einen wunderbaren Ansprechpartner, der mir zu Anfang nicht nur organisatorisch unter die Arme gegriffen hat, sondern auch mit Rat zur Seite stand. Ein wichtiger Tipp von Denis, den ich mir zu Herzen nehmen möchte: Denk in Ruhe nach und entscheide dann!

Das Gespräch führte Lucas Bingenheimer (FSJ Politik).

FUSIONSGESETZ FÜR DIE ZUKÜNFTIGE VERBANDSGEMEINDE NAHE-GLAN BESCHLOSSENE SACHE!

Es war nicht nur meine erste sondern auch eine thematisch besondere Plenarsitzung des Landtages Rheinland-Pfalz. Was über viele Monate hinweg von den örtlichen Verantwortlichen miteinander in einer freiwilligen Vereinbarung mündete, fand nunmehr auch den Weg in die förmliche Gesetzgebung.

Einstimmig (!) wurde der Gesetzentwurf am heutigen Tage im Plenum des rheinland-pfälzischen Landtages beschlossen.

Mit Wirkung zum 01.01.2020 werden damit die Verbandsgemeinden Meisenheim und Bad Sobernheim fusionieren. Die neue „VG“ wird den Namen „Nahe-Glan“ führen und damit schon ihrer Bezeichnung nach deutlich machen, welch großes Gebiet sie beinhaltet.

Am 27.03.2019 wurde das Fusionsgesetz im Landtag einstimmig beschlossen.

Ich habe in einem persönlichen Schreiben an die Bürgermeister der Verbandsgemeinden Bad Sobernheim und Meisenheim (stellvertretend für alle an der Vorbereitung der Fusion Beteiligten) zu dieser historischen Entscheidung meine verbindlichsten Glückwünsche ausgesprochen und auch im weiteren Verlauf der Fusionsabwicklung meine volle Unterstützung zugesichert.

Nevisa Akpinar (Monzingen) war beim Girls-Day der SPD-Landtagsfraktion am 28.03.2019

Besuch der Oberstufe der ADS Hargesheim am 28.03.2019

Helmut Schmidt zieht am 27.03.2019 vom Bad Sobernheimer Bürgerbüro in das neue Büro des Staatssekretärs Dr. Denis Alt

Meine erste Plenarsitzung im Landtag, der erste Tagesordnungspunkt. Thema: Organspende - Widerspruchslösung?

Ich persönlich erachte das niederländische Modell (Widerspruchslösung) als sinnvoll:

Alle Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, werden automatisch als potentielle Organspender erfasst. Nach der Erfassung erfolgen mehrmalige Erinnerungen per Post. Die potentiellen Spender werden damit mehrmals unter Fristsetzungen ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie bei unterbleibendem Widerspruch grundsätzlich als Organspender registriert werden. Selbstverständlich besteht auch danach ein jederzeitiges Widerspruchsrecht.

Durch diese Widerspruchslösung werden insbesondere die Angehörigen in ihrer Entscheidung entlastet, nach dem Tode über den weiteren Verlauf zu befinden.

So oder so, habe ich meine Entscheidung bereits getroffen und bin Organspender. Sie auch?

Mehr Infos zur Organspende unter:

https://www.organspende-info.de

Quo Vadis, Straßenausbaubeiträge?

EINE ANALYSE DER CDU-FORDERUNG ZUR ABSCHAFFUNG DES AUSBAUBEITRAGES

Grundsätzliche Argumente für eine Erhaltung der Straßenausbaubeiträge

- Erst durch die Erschließung werden Grundstücke als Bauland nutzbar und steigen somit im Wert. Folgerichtig werden die Eigentümer auch bei Straßenausbaumaßnahmen an den Kosten beteiligt, da sie durch die Wertsteigerung ihrer Grundstücke profitieren.

- Durch eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge würden alle Bürgerinnen und Bürger belastet und die Eigentümer entlastet. Am stärksten würden die Eigentümer mehrerer vermieteter Immobilien und große Wohnungsbaugesellschaften profitieren.

- Ausbaubeiträge sind nicht auf die Miete umlegbar. Die größten Nachteile würden bei einer Abschaffung der Beiträge daher die Mieterinnen und Mieter erfahren, die in Zukunft über die Steuern den Straßenausbau mitfinanzieren müssen, obwohl der Vorteil allein beim Eigentümer liegt.

- Die Allgemeinheit trägt schon heute ihren Teil der Kosten über den kommunalen Anteil am Straßenausbau.

> „Die größten Nachteile würden bei einer Abschaffung der Beiträge [...] die Mieterinnen und Mieter erfahren...“

- Härtefälle, die bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen vereinzelt auftreten, können durch im kommunalen Ermessen stehende Stundungsregelungen abgemildert werden.

- Alternativ können die Kommunen auf wiederkehrende Beiträge umstellen, um Härtefälle von vornherein auszuschließen.

- Der Vorschlag der CDU, den kommunalen Straßenausbau aus den Rücklagen des Landes zu finanzieren, ist unseriös. Eine dauerhafte Ausgabe kann man nicht seriös aus Rücklagen finanzieren.

- Die Übernahme der Kosten durch das Land würde die Kommunen stark in ihrer verfassungs- rechtlich verbrieften Selbstverwaltung und Planungs- und Entscheidungshoheit einschränken. Jede Ausbaumaßnahme müsste in Zukunft vom Land genehmigt werden.

- Straßenausbaubeiträge sorgen dafür, dass Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in die kommunalen Pläne einbezogen werden. Die finanzielle Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner verleiht ihren Wünschen ein stärkeres Gewicht und wirkt Luxussanierungen entgegen. Dies würde bei der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge entfallen.

QUO VADIS, STRAßENAUSBAUBEITRÄGE?

Auffassung des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz

Dr. Karl-Heinz Frieden, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebundes, führt in seinem GStB-Kommentar aus Gemeinde und Stadt 8/2018 aus:

„Bereits heute wird über den gesetzlich festgelegten Gemeindeanteil ein Teil der Ausbaukosten über Steuermittel finanziert. Gerade Belastungen durch hohe Einmalbeiträge können durch wiederkehrende Beiträge, die zudem auf mehreren Schultern liegen, abgemildert werden. Für Härtefälle sieht das Gesetz bereits jetzt schon die Möglichkeit vor, Beiträge zu stunden oder einen Billigkeitserlass auszusprechen. Auch der häufig angeführte Vorwurf, zahlreiche Rechtsstreitigkeiten würden als Kostentreiber die Vorteile neutralisieren, greift nicht. Im Schnitt 130 anhängige Gerichtsverfahren machen deutlich:

Straßenbau kostet Geld. Auch nach der Abschaffung des Ausbaubeitrages.

Straßenausbaubeiträge sind zwar nicht beliebt, werden aber grundsätzlich akzeptiert.“

Darüber hinaus kommt Dr. Karl-Heinz Frieden in seinem Beitrag zu folgender Schlussforderung:

„Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft und Handel profitieren von der Infrastruktur. Mit einer Abschaffung der Beiträge würde der Eindruck der Vollkasko-Mentalität verstärkt werden: Der Staat und die Kommunen können alles leisten.“

Wahlalter 16!

JUNGE MENSCHEN NICHT WEITER VOM WAHLRECHT AUSSCHLIEßEN!

Kreuze machen bei Kommunalwahlen? Das gibt's in Rheinland-Pfalz leider erst ab 18!

Blockadehaltung der Opposition!

„Für uns Jugendliche und Kinder wirkt es sehr undemokratisch, gegen eine Herabsetzung des Wahlalters zu stimmen. Man erwartet von uns Verantwortung und das Erfüllen der Pflichten der Demokratie, aber Teilhabe wird uns verwehrt.“, so die Landesschülervertretung in einer Pressemitteilung zu unserem Antrag der Regierungskoalition zur Absenkung des Wahlalters auf 16.

Die Ampelfraktionen haben einen Entschließungsantrag „Jungen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern eine Stimme geben“ in den Landtag eingebracht. Wir sprachen uns darin erneut dafür aus, das aktive Wahlrecht bei kommunalen Wahlen auch für Jugendliche ab 16 Jahren einzuführen.

Bedauerlich, dass es erneut nicht gelungen ist, aus dem Landtag geschlossen ein entsprechendes Bekenntnis auszusenden. Die notwendige verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit scheitert weiterhin an der Weigerung der CDU, den Weg für das kommunale Wahlrecht ab 16 frei zu machen. Damit bleibt Rheinland-Pfalz eines von nur noch 5 Bundesöändern, in denen 16-18-jährige von demokratischen Prozessen in ihrer Kommune ausgeschlossen bleiben.

Respekt für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst!

Die Aktionstage der Landesregierung haben viel Solidarität mit der „Blaulicht-Familie“ ausgelöst. Mit den Aktionstagen "Respekt. Bitte!" setzt die gesamte Landesregierung ein starkes Zeichen gegen die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst und verbindet dieses wichtige Signal der Wertschätzung mit einem konkreten Handlungsauftrag, wie Betroffene vor Angriffen geschützt werden können. So sollen etwa bestehende präventive Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten fortgesetzt und ausgebaut werden. Betroffene sollen zudem mehr Unterstützung erhalten und einen direkten Ansprechpartner bekommen. Als jemand, der in der Kommunalverwaltung seine beruflichen Wurzeln hat, weiß ich nur zu gut, inwieweit sich das sich das Gewaltpotential gegenüber den Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst in den vergangenen Jahren verändert hat.

Aggressionen, Wut, Beleidigungen, Beschimpfungen und nicht zuletzt auch körperliche Übergriffe gehören leider zum Alltag vieler Beschäftigter. Das beschränkt sich natürlich nicht nur auf die Kolleginnen und Kollegen im Vollzug (Polizei, Kommunaler Vollzugsdienst/Ordnungsamt) sondern bspw. auch auf die innere Verwaltung (Sozialämter, Ausländerbehörden, Bußgeldstellen etc.) und viele weitere Ressorts.

Es ist daher ausgesprochen wichtig, auf dieses Thema aufmerksam zu machen und den Bediensteten im Öffentlichen Dienst zur Seite zu stehen.

#RespektBitte

Sprechstunde!

Meine nächste Sprechstunde in Kirn

Am 01. April um 14 Uhr in der Bahnhofstr. 31

Anmeldung: info@stein-markus.net oder 06751 85 90 621

SPD

Kontakt zu mir?

Markus Stein, MdL

Bürgerbüro

Marktplatz 7

55666, Bad Sobernheim

Tel. 06751/8590621

info@stein-markus.net

www.stein-markus.net

facebook.com/markus.stein.mdl